

**Aus: Elsen/Reifer et.al.: Die Kunst des Wandels. München, oekom 2015**

## **Wohlstand oder Wachstum?**

Begründungen für eine Postwachstumsökonomie

Von Hans Holzinger

Zukunftsgestaltung erfordert dreierlei Wissen: Analyse-, Ziel- und Handlungswissen. Es geht um Befunde über das „Ist“, um die Generierung von Vorstellungen bzw. Leitbildern über das „Soll“ und um die Entwicklung von Strategien bzw. Roadmaps für das „Wie“. Wir haben mittlerweile zahlreiche Befunde über die „Lage der Welt“. Seit dem 1972 erschienenen Bericht an den Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ sowie dem im selben Jahr publizierten, nicht weniger brisanten Bericht an den US-Präsidenten „Global 2000“ ist die Zahl alarmierender Studien über den Zustand des Planeten stark angestiegen. Zahlreich sind aber auch die Entwürfe über eine nachhaltige Gesellschaft und Wirtschaft. Genannt seien etwa die Leitplanken von „Zukunftsfähiges Deutschland“ (Wuppertal-Institut 1996, 2008), der Bericht der Independent Commission on Population and Quality of Life „Visionen für eine bessere Lebensqualität“ (1996, deutsch 1998) oder die Studie „The Great Transition“ („Der große Übergang“) der Global Scenario Group (Raskin 2003). Es fehlt uns auch nicht an Indikatoren zur Messung des Umweltverbrauchs: Stoffströme, Materialflüsse, Energieverbrauch, Bodenverlust, Artenschwund, CO<sub>2</sub>-Ausstoß – all das wird erfasst. Wir wissen Bescheid. Und dennoch fällt die Umsteuerung so schwer. Warum ist das so? Die entscheidende Frage wird also sein, wie es zum Wandel kommt – ein Thema der neuen Disziplin der Transformationsforschung (WGBU 2012, Holzinger 2013a).

Meine These lautet: Der Nachhaltigkeitsdiskurs hat sich (zu) lange vornehmlich auf Appelle zur Verhaltensänderung beschränkt. Erst in letzter Zeit mehren sich die Stimmen jener, die den Wandel von der „Philosophie der Nachhaltigkeit“ hin zum „Recht der Nachhaltigkeit“ (Ekardt 2010) fordern. Und zweitens – das scheint mir fast noch wesentlicher – haben Nachhaltigkeitsforschung und die etablierten Wirtschaftswissenschaften sowie die einschlägigen die Politik beratenden Wirtschaftsforschungsinstitute über all die Zeit ein Paralleldasein geführt. Von den Instituten der Nachhaltigkeitsforschung wurden kluge Analysen und stringente Umsteuerungsvorschläge vorgelegt – allen voran die Bepreisung des Umweltverbrauchs. Die Politik folgte jedoch der Mainstream-Ökonomie, die auf das magische Trio „Wachstum – Beschäftigung – Wohlstandsmehrung“ setzte. Erst jetzt, da dieses Zukunftsversprechen ins Wanken gerät, brechen die Fronten auf; neue Diskurse eines anderen Wirtschaftens gewinnen an Bedeutung. Ein wichtiger Strang dabei sind die Debatten über eine „Postwachstumsökonomie“ (Paech 2005/2012, Jackson 2009/2011; Hinterberger, F. et al 2009), Seydl & Zahrt 2010, zusammenfassend: Holzinger 2010a)

### **Märchenhafter Aufstieg der Dinge**

Unser Wohlstand hat uns viele Annehmlichkeiten beschert: die Zeiten der Knappheit sind überwunden, die Zahl der Güter mit denen wir uns umgeben ist enorm gestiegen. Wir können uns vieles leisten was für unsere Vorfahren noch unvorstellbar war. Zugleich hat der materielle Wohlstand einen Ausbau der Sozialsysteme ermöglicht und wesentlich zur Stabilisierung der Demokratie beigetragen. Es ist wichtig, in der Nachhaltigkeitsdebatte auf diese Errungenschaften hinzuweisen, da sie ein stabilisierendes Moment unserer Gesellschaften darstellen, aber es zugleich erschweren, Veränderungen anzustoßen. Einen erfolgreichen Weg verlässt man nicht gern, auch wenn er aufgrund veränderter Rahmenbedingungen an Tauglichkeit eingebüßt hat.

Die Produktivität der Landwirtschaft und der Industrie sind innerhalb eines Jahrhunderts enorm gestiegen. Der Konsum hat sich seit den 1950er-Jahren vervierfacht. Während die Navajo-Indianer – so sagt man – mit 236 Gegenständen auskamen, für die sie eigene Begriffe schufen, umgeben wir uns heute mit einer Warenwelt, die über 100.000 Gegenstände zählt (Andersen 1999). Automatisierungsprozesse führten zu einem immer größeren Ausstoß an Waren. Brauchte man 1975 noch 80 Arbeitsstunden um einen Kühlschrank zu erzeugen, so reicht heute eine Arbeitsstunde (Popp et al 2010). Doch dieser „märchenhafte Aufstieg der Dinge“ (Holzinger 2012, S. 25ff) hat seinen Preis. Er ist verbunden mit einem enormen Raubbau an den Naturressourcen. Er ist zu einem gebührenden Teil ‚erkauft‘ durch die Ausbeutung anderer Menschen, die zu Billigstlöhnen unsere Billigwaren herstellen – neben den Rationalisierungsprozessen in den modernen Fabrikhallen der reichen Länder ist die Auslagerung von Produktionen in die „Schwellenländer“ der wesentliche Grund für die Überschwemmung der Welt mit Billigwaren. Mit der „Drecksarbeit“ wurde auch der „Dreck“ ausgelagert. Ulrich Beck spricht von „weltinnenpolitischem Outsourcing“ (Beck 2011). Der massenhafte Ausstoß an Dingen hat aber auch die Wohlstands-

gesellschaften verändert. „Es gibt eine Gefälle zwischen dem, was wir herstellen können, und dem was wir verwenden können“, warnte sehr früh Günter Anders in seiner Kritik an der aufziehenden Massenkonsumgesellschaft der 1950er-Jahre. Dieser „Hunger der Waren nach Konsumiert-Werden“ erfordere immense Werbeanstrengungen, „um das Bedürfnis nach Produkten, die unser bedürfen, zu produzieren“ (Anders 1981, Neuaufl. S. 16ff). Die Folge sei, dass diese aufgrund künstlich erzeugter Bedürfnisse angeschafften Waren sich zwischen die Menschen stellen. Ohne dieses „Konsumdispositiv“ (Sorgo 2011), das wir scheinbar verinnerlicht haben, ist die moderne Verschleißgesellschaft nicht zu verstehen.

Das globale Kapital sucht nach Investitionsmöglichkeiten, die immer neue Konsumsphären bzw. neue Konsumenten erfordern. Der Sättigung der Gütermärkte in den Wohlstandszonen wird durch den „Innovationszwang“, dem absichtsvollen Einbau von Verschleiß („Obsoleszenz“) sowie dem Ausweichen auf den breiten Markt der Freizeit- und Unterhaltungsangebote zu entgehen versucht. Klaus Firlei nennt letzteres „Erlebniskapitalismus“ (Firlei 2008). Zudem geht es um neue Konsumenten. Globalisierung bedeutet daher neben der Auslagerung von Produktionsstätten auch die Ausweitung der globalen Konsumentenklasse, die einem westlichen Lebensstil frönt: fleischzentrierte Ernährung, autofixierte Mobilität, geräteintensive Haushalte. Drei Merkmale, die mit einem enorm hohen Energie- und Ressourcenverbrauch korrelieren (Wuppertal-Institut 2005, S. 82ff). Die „große Produktivität“ ist verbunden mit dem „großen Verbrauch“ – so der indische Ökonom Chandran Nair (2011) in seinem gleichnamigen Buch.

Die Attraktivität des ‚western way of life‘ steht also dem Gravitationsfeld des Kapitals in nichts nach. Laut US-Energiebehörde werden in den späten 2020er-Jahren in China ebenso viele Autos unterwegs sein wie in den USA, etwa 330 Millionen. Schätzungen gehen davon aus, dass es Mitte des Jahrhunderts zwischen 470 und 660 Millionen sein werden. *Chandran Nair*, dem diese Zahlen entstammen, verweist auf den enormen Erdölverbrauch dieser Entwicklung: „2005 verbrauchte Chinas Fuhrpark 109 Millionen Tonnen Erdöl. 2050 werden es sechs- bis zehnmal so viel sein.“ (Nair 2011, S. 60) Profiteure dieser Ausweitung der Konsumentenklasse sind meist multinationale Konzerne mit Sitz in den westlichen Ländern, so Nair weiter, die Grundbedürfnisse der Menschen würden so jedoch nicht befriedigt.

Der Industriekapitalismus in seinem Zusammenspiel von Technik, Kapital und einem riesigen Potenzial von Arbeitskräften ist also in der Tat „produktiv“ im Sinne der Herstellung von immer mehr Waren. Getrieben wird er jedoch vom Mehrwert, nicht vom Nutzwert der produzierten Dinge. Es geht um die Vermehrung des Gewinns, nicht um die Befriedigung basaler Bedürfnisse – und der Zugriff auf die Natur wird hemmungslos ausgeweitet. Der globalisierte Industriekapitalismus und sein Pendant – der globalisierte Konsumkapitalismus – sind sozial und ökologisch blind.

Kurz gesagt hat der real existierende Kapitalismus vier große Mängel: er akkumuliert Reichtum bei den Habenden statt Mittel dort verfügbar zu machen, wo sie wirklich gebraucht werden. Das heißt, er wirkt ausschließend und lässt – trotz enormer Produktivität – Menschen verhungern. Nicht die Bedürfnisse, sondern die Kaufkraft entscheidet, wer Zugang zum Markt hat und wer nicht. Der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, spricht von einer „kannibalschen Weltordnung“ (Ziegler 2009, S. 18). Obwohl genügend Nahrungsmittel vorhanden wären, leidet eine Milliarde Menschen an Hunger. Alle drei Sekunden stirbt ein Kind, weil es nicht genug zu essen bekommt, während andere Reichtümer anhäufen. Da ist es nicht abwegig, von modernem Kannibalismus zu sprechen.

Angesichts des Hungers und der Not von Millionen von Menschen in der gegenwärtigen Weltgesellschaft ist klar von *Marktversagen* zu sprechen, angesichts des rasanten Auseinanderdriftens von Vermögenden und Armen auch von *Politikversagen*. Und angesichts des weitgehenden Hinnehmens dieser Schieflage – von engagierten Menschen in NGOs, Regierungen oder internationalen Organisationen einmal abgesehen – auch von *Gesellschaftsversagen*.

Die industrielle Produktionsweise basiert *zweitens* – das wurde bereits erwähnt – auf einer enormen Ausbeutung der Natur. Der Kapitalismus ist daher maßlos und nicht nachhaltig. *Drittens* wirkt er als großer Verführer bei denen, die er einschließt. Er produziert am Bedarf vorbei und schafft künstliche Bedürfnisse, anders ist die umfangreiche globale Werbemaschinerie für immer neue Waren nicht zu verstehen. Der vermeintliche Wachstumszwang verordnet „Konsumieren-Müssen“. Wir arbeiten dafür immer mehr, der Leistungsdruck steigt. Stressbedingte Krankheiten nehmen zu. Zeit wird zu einem immer knapperen Gut (Holzinger 2012). Der deutsche Psychologe Stephan Grünewald spricht von der „erschöpften Gesellschaft“, die sich nur mehr in Arbeit und Konsum ergibt und dabei die Fähigkeit zu träumen verliert (Grünewald 2013).

Als *viertes* kommt hinzu und das führt uns zum Wachstumsthema, dass der Kapitalismus immer wieder Krisen produziert. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 führte die Welt ins Chaos, die Finanzkrisen seit den 1980er-

Jahren in Lateinamerika, Russland und Asien bescherte den Menschen dieser Regionen große soziale Entbehrungen und Verwerfungen. Und die große Finanzkrise 2007/2008 konnte nur mit exorbitanter öffentlicher Verschuldung abgewendet werden, auch wenn deren Ende noch nicht in Sicht ist. Ralf Dahrendorf spricht daher von „Pumpkapitalismus“ (zit. n. Scheub 2012). Auch wenn viele lieber heute als morgen wieder zum ‚business as usual‘ zurückkehren möchten, so könnte die „Finanzkrise“, die sich zur „Verschuldungskrise“ ausgeweitet hat, die Chance eröffnen, grundlegender über eine Umsteuerung des Wirtschaftens zu diskutieren, in der Nachhaltigkeit in der Tat ernst genommen wird. Denn wenn es nicht mehr nur um die Menschen weit weg von uns, also um eine schwer zu vermittelnde „Ethik der Ferne“ geht, sondern um uns selbst, wenn die Arbeitslosigkeit auch in Europa drastisch wächst, wenn öffentliche Leistungen immer schwerer finanzierbar sind und in Frage gestellt sind, steigen die Chancen auf Veränderungen. Die Perspektive könnte eine die Wirtschaftsproduktivität intelligent nutzende Postwachstumsgesellschaft sein.

### Trugbild des exponentiellen Wachstums

Die Wirtschaftswissenschaften operieren mit mathematischen Modellen, die diesen den Anschein von Naturwissenschaftlichkeit geben sollen. Daher sei hier die Kritik am Wachstumsdenken mit Mathematik begonnen, und zwar mit der Unterscheidung von *linearem* und *exponentiellem* Wachstum.

„Bäume wachsen nicht in den Himmel“, so lautet ein geflügeltes Sprichwort. In der Wirtschaft gilt dies offensichtlich nicht. Unter Missachtung des Prinzips, dass exponentielles Wachstum auf Dauer unmöglich ist, werden von den Wirtschaftsforschungsinstituten (und der Politik) jährliche Wachstumsraten von mehreren Prozent gefordert. Doch exponentielles Wachstum bedeutet, dass jene, die schon ein hohes Niveau erreicht haben, eine immer größere Steigerung brauchen, um das Prozentwachstum zu halten. Exponentielles Wachstum entspricht nämlich einer permanent beschleunigten Zunahme, die Entwicklungskurve geht immer steiler nach oben. Konstant ist lediglich die Wachstumsrate.

Zwei Prozent Wachstum bedeuten eine Verdoppelung innerhalb von 35 Jahren. Und zwei Prozent Wachstum einer hoch entwickelten Wirtschaft sind bedeutend mehr als – sagen wir – fünf Prozent Wachstum einer Wirtschaft auf niedrigem Niveau – was etwa die Wachstumsraten von Schwellenländern wie China relativiert. Die Ambivalenz von Wachstumsraten belegt der Wirtschaftshistoriker Andreas Exenberger mit einem augenscheinlichen Vergleich: Schon ein Prozent Wirtschaftswachstum in Österreich oder Deutschland entspricht demnach in absoluten Zahlen kaufkraftbereinigt „z. B. 3,7 Prozent in Brasilien, 6,2 Prozent in China, 12,8 Prozent in Indien oder 18,9 Prozent in Nigeria und für die ärmsten Länder der Welt steigt der Wert auf über 50 Prozent“ (Exenberger 2011, S. 173).

Beispiele für exponentielles Wachstum sind die bisherige Bevölkerungsentwicklung sowie eben das Wirtschaftswachstum in den Industriegesellschaften. Wir kennen das Prinzip exponentieller Wachstumskurven übrigens auch aus Lohnverhandlungen: zwei Prozent Lohnsteigerung bei hohem Einkommen bringen bedeutend mehr an Einkommenszuwachs als zwei Prozent bei niedrigem Einkommen – keine leistungsgerechte Entlohnung!

In der Natur kommt exponentielles Wachstum nicht vor. Während undifferenziertes exponentielles Wachstum langfristig zerstörerisch wirkt, bedeutet „organisches Wachstum“, so bereits die Autoren des 2. Berichts an den Club of Rome „Menschheit am Wendepunkt“ (Mesarovic & Pestel 1974), dass starkes Wachstum auf die Frühphase (Aufbauphase) beschränkt bleibt, im Reifestadium kommt es nur mehr zur Erneuerung des Bestands, jedoch nicht mehr zu einer mengenmäßigen Erweiterung. Eine Wachstumsgrenze verhindert ungebremstes, wucherndes Wachstum. Beispiele dafür sind das Wachstum von Pflanzen, von Tieren oder auch von Menschen.

Der Schluss aus dieser exponentiellen Wachstumsfalle: wo ein hohes Ausgangsniveau erreicht ist, muss zu linearem Wachstum oder auch zu einem Ende von Wachstum übergegangen werden. Das Institut für Wachstumsstudien in Giessen geht daher davon aus, dass es in hoch entwickelten Volkswirtschaften nur mehr lineares Wachstum geben kann und soll. Die Giessener Experten (Bourcade & Herzmann 2006) sprechen von „wachsendem Wachstum“, das nicht unbegrenzt fortgeführt werden könne. Die Prognosen von Wirtschaftsinstituten gehen jedoch noch immer von Prozentwachstum aus. Kein Institut sagte die internationale Finanzkrise voraus – niemand konnte sich ein Schrumpfen der Wachstumsraten, wie dieses 2009 eingetreten ist, vorstellen.

Ausweg aus der Mehrfach-Krise

Die aktuelle Mehrfachkrise – zur Umwelt- und Klimakrise kommt eine eklatante Verschuldungs- und Verteilungskrise – könnte daher ein historisches Zeitfenster öffnen, das einem neuen Wohlstandsparadigma zum Durchbruch verhilft. Das Ziel wäre damit eine Postwachstumsökonomie, die ein gutes Leben für alle ohne Zwang zu permanentem Wachstum und steigender Kapitalverwertung ermöglicht. Drei Zitate sollen deutlich machen, dass ein anderes Verständnis von Wachstum notwendig sein wird, dieses aber auch eine neue Lebensqualität ermöglichen kann.

Tim Jackson, Berater der britischen Regierung, hat mit seinem Buch „Welfare without Growth“ (2009, auf Deutsch 2011 erschienen unter dem Titel „Wohlstand ohne Wachstum“), aufhorchen lassen. Er macht unmissverständlich deutlich, dass das bisherige Wachstumsmodell an seine Grenzen stößt: „In dem Maße, in dem wir es uns heute gut gehen lassen, graben wir systematisch dem guten Leben von Morgen das Wasser ab. Die Gefahr ist groß, dass wir jede Aussicht auf einen dauerhaften Wohlstand für Alle verspielen.“ (Jackson 2011, S. 24)

Die Ökologin Jill Jäger zeigt in ihrem lesenswerten Buch „Was verträgt unsere Erde noch?“ die Chancen, die ein neues Wohlstandsverständnis bietet: „Das Ausreichende kann definiert werden als alles, was nicht zu viel ist. Wenn man für das Ausreichende das Wohlbefinden oder Glück der Menschen als entscheidenden Maßstab nehmen möchte, dann gibt es in den Industrieländern ein erhebliches Maß an Lebensqualitätssteigerung.“ (Jäger 2006)

Dass das Wachstumsmodell sehr früh hinterfragt wurde, zeigt schließlich ein Zitat des Wirtschaftswissenschaftlers, Wirtschaftsministers und Bundeskanzlers in Deutschland Ludwig Erhard aus dem Jahr 1957: „Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, dass zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer nützlich und richtig ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen 'Fortschritt' mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen.“ (zit. n. Seidl & Zahradt 2011)

## Gängige Argumente für Wachstum

In der Studie „*Wirtschaften jenseits von Wachstum?*“ (Holzinger 2010a) für das Projekt „Wachstum im Wandel“ des Österreichischen Lebensministeriums habe ich fünf Argumente behandelt, die für Wirtschaftswachstum ins Treffen geführt werden, und nach Alternativantworten gesucht. Sie sollen im Folgenden zusammengefasst erläutert werden

*Argument 1:* Wirtschaftswachstum bringt uns mehr Wohlstand

*Argument 2:* Wirtschaftswachstum sichert unsere Sozialsysteme

*Argument 3:* Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze

*Argument 4:* Wirtschaftswachstum ermöglicht Umweltschutz

*Argument 5:* Wirtschaftswachstum ist nötig, um die Zinsen für Kredite (Unternehmen, Staaten, Haushalte) begleichen zu können.

### Argument 1: Wirtschaftswachstum bringt uns mehr Wohlstand.

Häufig wird argumentiert, dass der Konsum angekurbelt werden müsse, um die Wirtschaft zu beleben. WirtschaftsforscherInnen sind ebenso dieser Sichtweise verhaftet wie die meinungsbildenden Medien. Schlagzeilen aus österreichischen Tageszeitungen im Kontext der Finanzkrise 2008 wie „Kaufrausch sprengt alle Rekorde“, „Der Handel jubelt – keine Spur von Krise“ oder „Auf die die Konsumenten ist noch Verlass. Sie sind die einzige Konjunkturstütze“ verweisen auf die Hartnäckigkeit dieses Denkens. Doch dass wir konsumieren ‚müssen‘, um die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern, kann nicht das Ziel sein. Wirtschaften und Konsumieren dürfen nicht zum Selbstzweck werden. Die Wirtschaft soll so organisiert sein, dass sie uns das für ein gutes Leben Nötige produziert.

Aufschlussreiche Ergebnisse bietet die Zufriedenheitsforschung. Demnach weisen Ländern mit einem hohen BIP/Kopf in der Regel eine hohe Lebenszufriedenheit auf, aber zugleich gibt es zahlreiche Länder mit bedeutend geringerem BIP/Kopf mit ebenfalls hoher Lebenszufriedenheit, z. B. Puerto Rico. Trotz steigendem Einkommen steigt die Lebenszufriedenheit ab einem gewissen Niveau nicht oder kaum mehr, so die Ergebnisse des World Value Survey, der weltweit die Lebenszufriedenheit der Menschen nach Ländern erhebt. Es gibt also so etwas wie eine Wachstums-Wohlstands-Grenze (Layard 2005, s. a. [www.worldvaluesurvey.com](http://www.worldvaluesurvey.com)). Die britischen Sozialforscher Richard Wilkinson und Kate Pickett machen in ihrer Studie „Gleichheit ist Glück“ überzeugend

deutlich: „Hat ein Land ein bestimmtes Maß an materiellem Lebensstandard erreicht, nimmt die positive Wirkung weiteren Wirtschaftswachstums auf das Leben der einzelnen ab.“ (Wilkinson & Pickett 2009, S. 25).

Ähnlich ist der Zusammenhang von BIP/Kopf und Lebenserwartung sowie BIP/Kopf und Schulbesuch. Beide steigen bereits bei einem relativ niedrigen BIP. Und auch die Kindersterblichkeit nimmt bei einem relativ niedrigen BIP/Kopf bereits stark ab, wie Daten des United Nations Development Programme zeigen (UNDP 2011).

Lebensqualität hängt auch von nichtmateriellen Faktoren ab: Die skandinavischen Länder weisen eine überdurchschnittlich hohe Lebenszufriedenheit auf. Als Gründe hierfür werden genannt: hohes Vertrauen in Institutionen und den Staat, niedrigere Einkommensspreizungen als in anderen Ländern, hohes Vertrauen der Menschen untereinander (Tichy 2004).

Umverteilung des Vorhandenen statt weiteres Wachstum wird begünstigt auch durch Erkenntnisse der Konsumforschung, die zeigen, dass die Zufriedenheit ab einem gewissen Wohlstandsniveau nicht mehr steigt. Gesprochen wird von Wohlstandsfällen (Binswanger 2006):

- *Anspruchsfalle:* Je mehr wir haben, umso mehr wollen wir, ohne dadurch zufriedener zu werden.
- *Statusfalle:* Wir wollen haben, was andere auch haben. So treiben wir uns ständig nach „oben“.
- *Zeitsparfalle:* Wir schaffen Dinge an, um Zeit zu sparen, mit dem Effekt, dass wir immer mehr tun.
- *Multioptionsfalle:* Die Zunahme des Angebots und der Möglichkeiten erschweren das Auswählen.

Zum abnehmenden Grenznutzen der Wohlstandsteigerung durch weitere Ausweitung der materiellen Güter kommen die ökologischen und sozialen Defensivkosten einer nicht-nachhaltigen Wirtschaftsweise: etwa höhere Ausgaben zur Behandlung stressbedingter Krankheiten oder Kosten, die durch die Folgen des Klimawandels hervorgerufen werden. Der Ökonom Herman Daly (1999) spricht daher von „unwirtschaftlichem Wachstum“.

#### > *Zukunftswege: Lebensqualität*

Die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Lebensqualität in materiell hoch entwickelten Gesellschaften erfordert und ermöglicht neue Zukunftswege.

- Wir brauchen neue Bilder von Wohlstand.
- Wir brauchen neue Messmethoden für wirtschaftlichen Erfolg.
- Wir können Lebenszufriedenheit statt materielles Wachstum in den Vordergrund stellen.
- Notwendig ist eine Abkehr vom Prinzip „Konsum als Wirtschaftsmotor“.
- Nicht zuletzt ist über eine Begrenzung der Wirtschaftswerbung zu diskutieren, etwa dadurch, dass Werbung nicht mehr steuerlich absetzbar ist, sondern – im Gegenteil – mit einer Steuer belegt wird.

#### Argument 2: Wirtschaftswachstum sichert unsere Sozialsysteme

Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte hat einen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme ermöglicht. Absicherung in Krisensituationen wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit, die Unterstützung von Familien mit Kindern sowie die Garantie einer Pension nach Beendigung des Berufslebens zählen zu den wesentlichen Errungenschaften des modernen Sozialstaats. Durch Transferzahlungen trägt der Staat auch zu einer gewissen Umverteilung bei.

Doch auch dieses Argument gilt nur mehr bedingt: eine neue Steuerbasis, die den Verbrauch von Ressourcen und die Anhäufung von Vermögen stärker besteuert, kann die sozialen Sicherungssysteme auch ohne BIP-Wachstum gewährleisten. In Österreich wird – ebenso wie in Deutschland – ein sehr hoher Anteil der sozialen Sicherungsleistungen sowie der staatlichen Aufgaben über Abgaben auf Arbeit finanziert. Vermögen sind im Verhältnis zu anderen EU-Staaten sowie zur OECD sehr niedrig besteuert.

Gefordert wird daher die adäquate Heranziehung aller Arten von Einkommen, auch jener aus Vermögen, für die Finanzierung öffentlicher Leistungen. Eine Anhebung der Einnahmen aus Vermögenssteuern auf die Höhe des EU-Durchschnitts von 5,4 Prozent würde in Österreich rund vier Milliarden Euro bringen, so das NGO-Netzwerk „Wege aus der Krise“ ([www.wege-aus-der-krise.at](http://www.wege-aus-der-krise.at)).

Die Einkommens- und Vermögensspreizungen haben in den letzten Jahrzehnten nicht nur in globaler Dimension, sondern auch innerhalb der Wohlstandsgesellschaften zugenommen. Niedrigere Einkommens- und Vermögensspreizungen würden neue Verteilungsspielräume – etwa durch Arbeitszeitverkürzungen anstatt weiterer Lohnerhöhungen im Hochlohnbereich – eröffnen, die sozialen Sicherungssysteme auf neue (bzw. mehr) Beine stellen und dem Wachstumszwang entgegenwirken.

Positiver Nebeneffekt: Als fair empfundene Einkommen und Vermögen gelten als wichtiges Kriterium für Lebenszufriedenheit. Diese zu erhöhen, soll ja das Ziel von Wirtschaften sein. Und: Egalitäre Gesellschaften schneiden im Hinblick auf Indikatoren wie Gesundheit, Bildung oder Sicherheit besser ab als sehr ungleiche Gesellschaften (Wilkinson & Pickett 2009). Daher profitieren letztlich alle Menschen von „mehr Gleichheit“. Integrative Gesellschaften, die nicht nur Chancengleichheit herstellen, sondern die Integration aller Gesellschaftsschichten aktiv fördern, sind volkswirtschaftlich erfolgreicher, da sie weniger Reibungskosten verursachen.

Es macht Sinn, alle öffentlichen Bereiche auf ihre Effizienz hin zu durchforsten und staatliche Programme permanent zu evaluieren. Zu prüfen sind aber nicht nur Sozialprogramme, sondern beispielsweise auch Wirtschaftsförderungen. Selbst steigende Sozialkosten, etwa im Gesundheitsbereich, können bei geringem oder keinem Wirtschaftswachstum finanziert werden, wenn der produzierte Mehrwert der Wirtschaft in diese Bereiche gelenkt wird. Das ist eine Sache der Prioritätensetzung.

Zudem braucht eine Postwachstumsgesellschaft einen „bewussten Umgang mit Gesundheit, Krankheit und Tod“, wie der Schweizer Gesundheitsexperte Hans-Peter Studer (2011) in einem Beitrag zum „Wachstumsmotor Gesundheit“ deutlich macht. Gesundheitsförderliche Arbeits- und Lebensbedingungen seien dabei ebenso nötig wie eine Neuordnung des Gesundheitswesens. Anreize zur „optimalen“ statt der „maximalen“ Medizin hätten in der Schweiz, so Studer, zu Kostensenkungen um 20 bis 30 Prozent bei gleich bleibender Zufriedenheit der Behandelten geführt. Anders ausgedrückt: Rund ein Viertel der im konventionellen Versicherungssystem erbrachten Leistungen erweist sich schlicht als überflüssig, so Studer.

Wie kann diese gerechtere und nachhaltigere Gesellschaft erreicht werden? Notwendig wäre eine neue Steuerbasis, die den Ressourcenverbrauch sowie die Vermögenszuwächse (als tatsächlich „arbeitslose“ Einkommen) stärker zur Finanzierung der lebenswichtigen Aufgaben einer Gesellschaft im Bereich Bildung, Familie, Soziales und Kultur heranzieht. Die Verteilung des kollektiv erwirtschafteten folgt keinen Naturgesetzen und soll auch nicht allein den Gesetzen des Marktes überantwortet werden. Jede Marktwirtschaft agiert innerhalb politisch vorgegebener Rahmensetzungen. Wie der produzierte Mehrwert verteilt bzw. reinvestiert wird, ist daher keineswegs nur eine Frage des marktlichen Tausches, sondern hängt wesentlich von den Prioritätensetzungen bzw. Präferenzen einer Gesellschaft ab.

> *Zukunftswege: Soziale Sicherung*

Eine neue Steuerbasis würde bedeuten,

- Arbeit steuerlich zu entlasten, Vermögen und Kapitaleinkommen stärker zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen heranzuziehen,
- den öffentlichen Sektor aufzuwerten und Luxusgüter ebenfalls höher zu besteuern, um den privaten Konsums jenseits der Grundbedürfnisbefriedigung zurückzudrängen.

**Argument 3: Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze**

Dieses Argument hat auch bisher nur mehr bedingt gestimmt. Das Erwerbsarbeitsvolumen ist bereits jetzt trotz Wirtschaftswachstum rückläufig. Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft wird neu definiert: die verbleibende Erwerbsarbeit wird gerechter verteilt, die Arbeitszeiten werden tendenziell verkürzt.

Bislang war die Beschäftigungsentwicklung stark an das BIP gekoppelt. Höheres BIP-Wachstum bedeutete in der Regel höhere Beschäftigung. 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum werden dabei als ‚Arbeitslosigkeitsschwelle‘ bezeichnet, d. h. dass die Arbeitslosigkeit nicht steigt (Wachstum darunter wird, so die Annahme, von Rationalisierungen aufgesogen). Zwei Prozent Wachstum gelten als ‚Beschäftigungsschwelle‘, ab der neue Beschäftigung geschaffen wird (Marterbauer 2006).

Das Beschäftigungsvolumen ist in Österreich im Krisenjahr 2009 gegenüber 2008 um über 320 Mio. Arbeitsstunden gesunken. Höhere Arbeitslosigkeit wurde jedoch durch eine starke Zunahme der Teilzeitstellen um 48.000 bei gleichzeitiger Auflösung von 60.000 Vollarbeitsplätzen verhindert (Statistik Austria 2009). Die Trends sind in Deutschland ähnlich. Nun ist in den Folgejahren das Beschäftigungsvolumen zwar wieder etwas gestiegen, aber der Trend zu mehr Teilzeitstellen hält an. Wir vollziehen verspätet eine Entwicklung nach, die in den Niederlanden oder den skandinavischen Ländern bereits früher eingesetzt hat – allerdings dort bei bedeutend höheren Beschäftigungsquoten (Holzinger 2010b). Das heißt: ein Rückgang des Arbeitsvolumens aufgrund von

weiteren Automatisierungen (Produktivitätssteigerungen) und/oder aufgrund eines geringeren Wirtschaftswachstums kann auch durch Arbeitszeitverkürzungen aufgefangen werden.

Produktivitätssteigerungen sind in der Tat ein wesentlicher Motor für Wirtschaftswachstum. So ist in den letzten 150 Jahren die durchschnittliche Produktivität der Wirtschaft um das 20-fache gestiegen (Popp 2010). Produktivitätsfortschritte wurden in der Geschichte in der Regel zwischen Unternehmern und ArbeitnehmerInnen aufgeteilt. Die ArbeitnehmerInnen wurden durch Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen an den Produktivitätsfortschritten beteiligt. In den letzten Jahren hat sich das geändert. Produktionsfortschritte wurden nur mehr bedingt durch Lohnerhöhungen abgegolten, die Reallöhne sind kaum mehr gestiegen. Die Arbeitenden wurden um die Früchte ihrer Arbeit gebracht (Marterbauer 2006).

Kein Steigen der Reallöhne könnte aber durchaus eine Zukunftsoption sein, wenn

- die Einkommensverteilung gerechter gestaltet wird und Niedrigeinkommen trotz Arbeitszeitverkürzung erhöht werden;
- bei höherem Einkommen die Produktivitätsfortschritte in Form von Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnerhöhungen weitergegeben werden;
- die öffentlichen Leistungen steigen oder zumindest nicht sinken.

Gewerkschaften könnten ihre Lohnforderungsstrategie insofern ändern, dass Lohnerhöhungen nicht mehr in Prozentsätzen sondern in Absolutbeträgen gefordert werden. Denn: Prozentuelle Lohnerhöhungen begünstigen immer die Mehrverdienenden, während die Niedrigverdienenden doppelt benachteiligt werden: zu den niedrigeren Löhnen kommen die niedrigeren Lohnerhöhungen!

Der Wirtschaftswissenschaftler Karl Georg Zinn (2011) zeigt, dass die Zahl der Erwerbstätigen in der BRD mit über 40 Millionen zwar ein „bisheriges Höchstniveau“ erreicht habe, dieser Anstieg aber hauptsächlich Resultat der fortlaufenden Umwandlung von Voll- in Teilzeitbeschäftigung und der Zunahme von Minijobs sowie anderer Formen atypischer Beschäftigung war. Entscheidend für Arbeitsmarktpolitik sei daher das Arbeitsvolumen, so auch Zinn, welches in der BRD von 1991 bis 2004 um 9,1 Prozent gesunken sei. In absoluten Zahlen: von 51.785 Mio. (1991) auf 47.051 Mio. (2004) Arbeitsstunden.

Vermehrte Teilzeit bzw. Kurzarbeit sieht der Experte auch als Grund dafür, dass die Arbeitslosigkeit trotz des Produktionseinbruchs angesichts der Finanzkrise 2008/2009 in Deutschland nicht wesentlich gestiegen ist. Der Strukturwandel in Richtung Dienstleistungsgesellschaft werde Teilzeit weiter vorantreiben, so die Überzeugung von Zinn. Er schlägt daher vor, aus dem „Laster eine Tugend“ zu machen: „Wenn ohnehin der Trend zu mehr Teilzeitarbeit anhalten wird, käme es darauf an, Teilzeitarbeit besser zu entgelten und angemessen sozial abzusichern.“ (ebd. o. S.)

Die Tarifpolitik sollte bei anstehenden Lohnrunden Produktivitätssteigerungen für Lohnerhöhungen im Teilzeitbereich und für Arbeitszeitverkürzungen bei den Vollzeitstellen nutzen. „Längerfristig würden sich dann Teil- und Vollzeitbeschäftigung aufeinander zu bewegen.“ (ebd. O. S.) Umweltzerstörung, Ressourcenerschöpfung, Unterschiede im „Wachstumsbedarf“ zwischen altindustrialisierten Wohlstandsländern und den Entwicklungs- und Schwellenländern nennt der Experte als Gründe, warum wir uns auf Stagnation bzw. „Vollbeschäftigung ohne Wachstum“ als Zukunftsoption einstellen sollen. Möglich wäre dies wenn als Modell der Arbeitsgesellschaft Teilzeit ein Einkommen verschafft, „das einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht“ (ebd. o. S.).

Der Soziologe Georg Vobruba (2000) spricht seit langem vom „Abschied von der Vollbeschäftigung“ und schlägt statt zwanghafter Steigerung der Erwerbsarbeit *plurale Einkommen* vor, die sich neben den Erwerbseinkommen auch aus auszuweitenden, staatlichen Transfereinkommen (etwa für Betreuungsleistungen) sowie breiter zu streuenden Kapitaleinkommen (Sparerträge, Volksaktien) zusammensetzen. Die Diversifizierung der Einkommen ermögliche *plurale Tätigkeitsprofile*, in denen neben der Erwerbsarbeit die Familien, Haus- und Eigenarbeit (monetär) aufgewertet wird. Zuletzt hat sich Vobruba in Fortführung seines Modells auch für ein *bedingungsloses Grundeinkommen* ausgesprochen (Vobruba 2007).

Heiner Flassbeck (2010), Ökonom bei der UNCTAD in Genf, verweist auf die makroökonomischen Aspekte der Wachstumsdebatte. Die relativ hohen Wachstumsraten in Deutschland und Österreich, die auch zu hoher Beschäftigung geführt hätten, hängen wesentlich mit der Exportorientierung beider Staaten zusammen. Diese müsse jedoch zwangsläufig auf Kosten anderer Staaten gehen, da positiven Leistungsbilanzen der einen immer negative Leistungsbilanzen der anderen gegenüber stünden: Für die ganze Welt gebe es eben keinen Export. Die Verschuldungskrisen der ärmeren Euroländer wie Griechenland führt Flassbeck nicht nur, aber wesentlich auch auf diese Leistungsbilanzunterschiede zurück.

Als Keynesianer plädiert der UNCTAD-Ökonom für die Aufgabe der Lohnzurückhaltung in den (zu) erfolgreichen Ökonomien, was die Wettbewerbsfähigkeit anderer Ökonomien stärke und zugleich den Konsum an-

kurble. Und dennoch konstatiert auch Flassbeck, dass in hochproduktiven Wirtschaften auch ein anderer Weg denkbar sei, nämlich das Weniger-Arbeiten: „Wenn sich Gesellschaften, auf welchem Weg auch immer, zum Beispiel entschließen, weniger arbeiten zu wollen, also den Produktivitätsfortschritt statt in höheren Löhnen in geringeren Arbeitszeiten konsumieren zu wollen, dann ist das ohne Weiteres möglich. Dann wird weniger produziert und weniger nachgefragt.“ (Flassbeck 2010, S. 48)

Auch der österreichische Ökonom Markus Marterbauer (2011) verweist auf die europäische Dimension des Wirtschaftswachstums und sieht in der Arbeitslosigkeit insbesondere der jüngeren Generation in immer mehr EU-Staaten das zentrale Problem. So übersteige in Griechenland, Irland und den baltischen Ländern die Arbeitslosenquote der 15-24-Jährigen bereits die Marke von 30 Prozent der Erwerbspersonen deutlich, in Spanien sei mittlerweile nahezu jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Das birgt sozialen Sprengstoff: „Hier entsteht eine verlorene Generation, die nicht nur heute unter Einkommensausfällen und verbautem Berufseinstieg leidet, sondern langfristig niedrige Einkommen, mangelnde gesellschaftliche Integration und fehlende soziale Absicherung erfährt. Das ist nicht nur aus sozialen Gründen inakzeptabel, sondern kann auch wirtschaftlich und politisch sehr gefährlich werden.“ (Marterbauer 2011, S. 9)

Marterbauers zentrale These lautet daher, dass mittelfristig „nur eine wirtschaftliche Erholung, begleitet von einem merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, und eine aktive Verteilungspolitik gegenüber den großen privaten Vermögensbeständen die ökonomische Basis für eine Verringerung der Staatsschulden bilden“ könne (ebd. S. 12). Wirtschaftswachstum führe zwar zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit, reiche aber nicht mehr aus, „um Vollbeschäftigung zu erreichen.“ (ebd. S. 222)

Zukunftswege sieht der Ökonom jedenfalls in neuen Arbeitszeitmodellen, die Erwerbsarbeit und Beruf für beide Geschlechter vereinbar machen – Produktivitätsfortschritte würden somit verstärkt in Form von mehr Zeit weitergegeben; aber auch in einer aktiven Lohn- und Bildungspolitik sowie in einer neuen Finanzierungsbasis für den Staat. Denn: „Eine Verschiebung der Abgabenstruktur von den Arbeitseinkommen zu den Vermögensbeständen und -einkommen würde die Finanzierung des Staatshaushalts unabhängiger von Wirtschaftswachstum und Lohnanteil am BIP machen.“ (ebd. S. 225) Sozialsysteme würden nicht nur über Wirtschaftswachstum, sondern auch über einen höheren Anteil der Löhne an der Produktivität finanziert. „Wären die Löhne und Gehälter seit 1980 gleich rasch gestiegen wie das Volkseinkommen, so würde die Sozialversicherung pro Jahr [in Österreich] um mehr als 3 Milliarden Euro an höherem Einkommen verfügen.“ (ebd. S. 222) Auch die langfristige Finanzierung der Rentensysteme hängt für Marterbauer nicht allein vom Arbeitsvolumen ab: „Entscheidend ist nicht das Verhältnis der Zahl der Erwerbstätigen zu jener der Personen in Pension, sondern die Höhe des Einkommens, das die Erwerbstätigen produzieren.“ Daher sei die Bildungspolitik ein zentraler Schlüssel zur „Bewältigung der budgetären Lasten der Alterung.“ (ebd. S. 164)

Dies sieht der Schweizer Sozialexperte Francois Höpfinger (2010) ähnlich. Er setzt auf ein „produktives Alter“: eine reduzierte Arbeitszeit – „Halbtagsstelle als Norm für Mann und Frau“ – würde ergänzt durch eine Verlängerung der Erwerbsdauer, aber auch durch Ausweitung von Eigenarbeit. Die Konzentration der Wirtschaft auf „hochproduktive Hochlohnarbeit“ würde die Finanzierung der Rentensysteme auch bei abnehmender Erwerbsarbeit lösen, so der Experte. Voraussetzung seien entsprechende Qualifizierungen: „In einer gering oder nicht mehr wachsenden Gesellschaft basiert, vereinfacht formuliert, der sozialpolitische Generationen- und Rentenvertrag der Zukunft verstärkt auf lebenslanger Bildung.“ (ebd. S. 56)

Weniger Erwerbsarbeit könnte somit ein zentraler Bestandteil einer Postwachstumsökonomie werden, womit sich neue Wohlstandsgewinne erschließen ließen. Die veränderten Erwerbsstrukturen – höhere Beschäftigung durch Ausweitung der Frauenerwerbsquoten – haben die Zeitbudgets zwischen Männern und Frauen verändert. Frauen leiden tendenziell viel stärker als Männer unter der „Doppel- bzw. Dreifachbelastung“ durch Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Hausarbeit. Letztere muss ebenfalls neu aufgeteilt werden. Das „Ganze der Arbeit“ käme in den Blick.

Nachhaltige Arbeit bedeutete in diesem Sinne einen Zeit- und Tätigkeitswohlstand, der allen Formen von Arbeit – und natürlich auch der Muße – genügend Raum gibt. Zeitpolitik würde bedeuten, Strukturen zu schaffen, die eine Balance aller Tätigkeiten für alle – Männer wie Frauen – ermöglichen. Genügend Schlaf gehört hier ebenso dazu wie Zeit für sich selbst, Beziehungszeit oder Fortbildungszeit (Holzinger 2012, S. 116ff).

Wesentlicher Teil einer Postwachstumswirtschaft sind flexiblere Arbeitszeitmodelle, die den jeweiligen Lebenslagen der Menschen besser gerecht werden und die Wahrnehmung aller Tätigkeitssphären durch Männer und Frauen ermöglichen. Modelle hierfür gibt es genug. In der Familienphase würden dann Männer wie Frauen kürzer arbeiten, dafür beispielsweise im Alter länger oder zumindest bis zum Erreichen des Normalpensionsalters – ein Muss aufgrund des demografischen Wandels! An die Stelle der Unterscheidung von Voll- und Teil-



zeitarbeit könnte somit die „Wunscharbeitszeit“ treten. Möglich würde der Übergang von der „Freizeitgesellschaft“, die auf Erwerbsarbeit und Konsum unter Ausblendung der Sorgetätigkeiten zielt, eine „Dreizeitgesellschaft“, bestehend aus je einem Drittel Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Muße (Rinderspacher 2005). Die Folge wäre wahrscheinlich weniger Freizeitkonsum, dafür aber mehr freie Zeit und mehr Zeit für Sozialkontakte. Beides trägt nicht zum Wirtschaftswachstum und der BIP-Steigerung bei, erhöht jedoch die Lebensqualität. Die Feministin Frigga Haug (2010) schlägt mit ihrer „Vier-in-einem-Perspektive“ ein ähnliches Modell vor: Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Bildung und kulturelle Entwicklung sowie politisches Engagement sollten jeweils etwa ein Viertel der Lebenszeit von Männern und Frauen beanspruchen.

Und auch wenn man sich der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (noch) nicht anschließen möchte, so könnten doch Zeiten der Erwerbsunterbrechung ihre Dramatik verlieren. Würdevolle Arbeitslosigkeit, so der Ethiker Clemens Sedmak (2010), würde Arbeitslosigkeit als Chance für eine Neuorientierung begreifen.

> *Zukunftswege: Arbeit*

- Arbeitslosigkeit kann auch ohne oder bei einem bedeutend geringeren Wirtschaftswachstum verringert bzw. niedrig gehalten werden, ganz einfach dadurch, dass die verbleibende Erwerbsarbeit besser aufgeteilt wird.
- Mehr Zeit statt noch mehr Einkommen kann für immer mehr Menschen zu einer Zukunftsoption werden. Voraussetzung dafür sind flache Einkommenspyramiden und leistungsgerechte Entlohnung (niemand kann das 100-fache eines normalen Arbeiters leisten!)
- Zugleich sollen nicht marktliche Tätigkeiten aufgewertet und gleichberechtigt zwischen Männern und Frauen aufgeteilt werden.

#### Argument 4: Wirtschaftswachstum ermöglicht Umweltschutz

Dieses Argument stimmt leider ebenfalls nur bedingt. Der klassische Umweltschutz konnte in der Tat durch Wirtschaftswachstum finanziert werden. Die neue Herausforderung heißt jedoch Nachhaltigkeit und diese erfordert eine drastische Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie eine Eindämmung des Klimawandels.

Wesentliches Merkmal der industriellen Moderne ist das exponentielle Wachstum der Gütermengen und – daran gekoppelt – des Ressourcenverbrauchs. Die US-amerikanische Ökologin Annie Leonard (2010) zeigt in „The Story of Stuff. Wie wir unsere Erde zu müllen“ eine Menge solcher Wachstumskurven – etwa in den Bereichen Fahrzeuge, Elektrogeräte oder Papierverbrauch. Die Ressourcenproduktivität, also der Output pro verwendeter Menge Rohstoffen, ist zwar gestiegen. Wir wirtschaften im Grunde besser. Aber global gesehen verbrauchen wir immer mehr. Die Effizienzgewinne werden durch die Mengeneffekte immer wieder aufgehoben. Man spricht hier vom Rebound-Effekt (Santorius 2013). Die Herausforderung lautet: In den Industriestaaten muss der Ressourcenverbrauch um das fünf bis zehnfache reduziert werden. Die Entwicklungsländer haben dafür das Recht, ihren Verbrauch noch etwas zu steigern (Weizsäcker et al 2010).

In einer „steten Wirtschaft“ ist nicht Wachstum per se untersagt, sondern das Anwachsen des Ressourcenverbrauchs bzw. Stoffdurchsatzes, so der Ökonom Herman Daly (2009). Es geht um die Erhöhung der „Durchlaufproduktivität“, also der Gebrauchsdauer und -dichte von Gütern sowie um Lebensstile der Begrenzung.

Unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem ist zudem eng gekoppelt an die Verfügbarkeit fossiler Energie. Unser Leben wäre nicht mehr denkbar ohne Erdöl, Erdgas und Kohle. Die Abhängigkeit der EU-Länder von Öl- und Gasimporten wird laut Europäischer Energieagentur in den kommenden Jahrzehnten auf bis zu 90 Prozent anwachsen, sollte keine tiefgreifende Energiewende stattfinden (Holzinger 2013b). Der Ökologe Wolfgang Sachs bringt die Veränderung des Wirtschaftens durch eine neue Energiebasis auf den Punkt: „Wenn wir am Übergang zu einem zweiten Solarzeitalter stehen, welches nicht mehr über die leicht plünderbaren Bestände verfügt, wird auch die Idee des unendlichen Wachstums obsolet.“ (Sachs 2009, S. 260) Die „grüne Wende“ wird zwar ebenfalls Arbeitsplätze schaffen, aber nie in dem Maße, wie durch eine Begrenzung des Ressourcen- und Energieverbrauchs „eingespart“ werden müssen! Da sich die „Wachstumswirtschaft“ mit einer „Wachstumsgesellschaft“ verschränkt habe, sei der Umstieg nicht leicht, so Sachs weiter: „Wir wissen noch nicht, wie man eine Wirtschaft bauen kann, die allen ein Auskommen, ein gedeihliches Leben sichert, aber gleichzeitig nicht unbedingt wachsen muss.“ (ebd. S. 262)

Das heißt: Höhere Produktivität ermöglicht zwar „besseren Umweltschutz“, die Herausforderung von heute und morgen besteht jedoch in der Begrenzung. Die Postwachstumsgesellschaft erfordert aus ökologischen Gründen die Auseinandersetzung mit Schrumpfung.

> *Zukunftswege: Ressourcen sparen*

Die Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum wird nur bedingt gelingen. Wie können wir den Ressourcenverbrauch um den geforderten Faktor 5 bis 10 erreichen?

Hier einige Schritte:

- Den Güterbesitz reduzieren
- Langlebige Güter, Güter reparieren
- Mehr Dienstleistungen
- Verringerung der Transportwege
- Intelligente Gebäude als Kraftwerke
- Abkehr vom BIP-Wachstum

**Argument 5: Wirtschaftswachstum ist nötig, um Schulden begleichen zu können**

Dieses Argument ist in der Tat schwer zu widerlegen. Das Zinssystem übt einen Wachstumszwang aus. Wirtschaften mit Fremdkapital erfordert permanentes Wachstum, da neben dem Kredit und dem erwarteten Gewinn auch der Zins zurückgezahlt werden muss. Die Einnahme muss größer sein als die Investition, dies führt zum Wachstumszwang, so der Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger (2006), der davon ausgeht, dass die Weltwirtschaft um mindestens 1,5 Prozent im Jahr wachsen muss, damit es nicht zur Wirtschaftsschrumpfung kommt. Falls Unternehmer/innen nicht genügend Gewinn erwarten, hören sie nämlich auf zu investieren. Die Wirtschaft stockt, die Arbeitslosigkeit steigt, das Konsumniveau sinkt, was zu einer Abwärtsspirale (Deflation) führt.

Der Ökonom der renommierten Hochschule St. Gallen spricht daher von einer „Wachstumsspirale“: Es wird produziert, um Geld zu verdienen, aber es kann andererseits nur produziert werden, wenn Geld schon vorhanden ist, das zum Start der Produktion eingesetzt wird. Essenziell für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft sei daher die ständige Vermehrung der verfügbaren Geldmenge (Kapitalschöpfung). Da „Unternehmungen“ marktorientiert seien, produzieren sie Güter auf (mutmaßlichen) Bedarf hin. Um sie herzustellen, erwerben sie Ressourcen, Produktionsmittel, Arbeitszeit – alle drei sind in der Terminologie Binswangers „Energie“ – und müssen dafür Geld aufnehmen. Dies begründe wiederum die Notwendigkeit, Zinsen aufzubringen und darüber hinaus auch noch einen Überschuss, „Gewinn“ zu erzielen. In diesem Prozess des Wirtschaftens spielt für Binswanger der Faktor Zeit eine wichtige Rolle. Je schneller investiertes Kapital Gewinn erzielt, umso weniger fällt Zinslast an. Zum anderen werde eben Geld zum „Promotionsfaktor“. Es müsse immer mehr davon zur Verfügung gestellt werden, damit die Unternehmen die Expansion (vor)finanzieren können. Denn zur Begleichung der Zinsen seien die Unternehmen angehalten, immer mehr Ertrag zu erwirtschaften.

„Der Wachstumstrend der modernen Wirtschaft gründet“, so macht der Ökonom den Zusammenhang an anderer Stelle deutlich, „auf der unbegrenzten Fähigkeit zur Ausgabe von Banknoten, d. h. von Papiergeld, sowie der Möglichkeit der Banken zur Schaffung von Buchgeld, d.h. von Guthaben auf den Girokonten, welche die Nicht-Banken (Unternehmen, Staaten und Haushalte) bei den Banken unterhalten.“ (Binswanger 2010, S. 12) Für die Banken sei die Erhöhung der Geldmenge attraktiv, weil sie durch die Zinsen der vergebenen Kredite Gewinne erzielen, die Unternehmen könnten mit dem zusätzlichen Geld Investitionen tätigen, die privaten Haushalte Vermögenswerte kaufen, „von denen sie annehmen dürfen, dass deren Wertsteigerung in der Zukunft größer ist als der Zinssatz“, und der Staat würde seine steigenden Ausgaben vorfinanzieren, in der Annahme, dass zukünftig die „Zunahme der Steuereinnahmen größer sein wird als die Zinsen, die man den Banken schuldet.“ (ebd. S. 12f)

Binswanger plädiert für eine Begrenzung des Wachstums durch die Begrenzung der Renditeerwartungen der Kapitaleigner. Während in Aktiengesellschaften hohe Renditen erwartet werden – Konzerne laufen andernfalls Gefahr, in ihrer Bonität bzw. ihrem Börsenwert heruntergestuft und von anderen Kapitaleignern aufgekauft zu werden – würden in Genossenschaftsunternehmen oder Unternehmen nach Stiftungsrecht die Gewinnerwartungen und damit auch der Wachstumszwang geringer. Als Maßnahme für die Beschränkung der ungebremsten Geldschöpfung plädiert Binswanger für die Einführung von Vollgeld, das heißt für Kredite, die zu 100 Prozent durch Zentralbankgeld gedeckt sein müssen – eine Idee, die auf den Ökonomen Irving Fisher zurückgeht und von diesem bereits in den 1930-Jahren vorgeschlagen wurde (ebd. 13). Die Zinseinnahmen aus diesem Zentral-

bankgeld könnten, so Binswanger, zumindest teilweise für die Finanzierung von Komplementärwährungen verwendet werden (vgl. auch Binswanger 2009, Binswanger et al 2012).

Heiner Flassbeck sieht ebenfalls in den hohen Renditeerwartungen der Kapitaleigner ein zentrales Problem, verweist auf die Abkoppelung des Finanzsektors von der Realwirtschaft. Da Dividende-Erwartungen etwa von 25 Prozent jedoch nie realwirtschaftlich machbar seien, würde eben gepokert. Auf den Finanzmärkten werde „in großem Maßstab ein Spiel gespielt, bei dem es auf die Rendite von Sachanlagen gar nicht ankommt. Man setzt gar nicht auf die Dividende (oder den Zins), die man mit einer Anlage auf lange Sicht erzielen kann, sondern hofft darauf, dass der Preis des gerade gehaltenen Vermögenstitels kurzfristig steigt.“ (Flassbeck 2010, S. 25) Damit würden jedoch nur Schweinwerte geschaffen. Flassbeck fordert eine Unterbindung aller Spekulationsgeschäfte, welche allein wieder eine Orientierung an der Realwirtschaft möglich mache. Insbesondere müsste die Spekulation mit Währungen untersagt werden, was eben wieder feste Wechselkurse brauche, die das „System von Bretton Woods“ bis in die 1970er-Jahre garantiert hatte: „Nichts außer der Beeinflussbarkeit durch die Finanzmärkte selbst hindert die Regierungen dieser Welt daran, etwas Ähnliches wieder zu tun.“ (ebd. S. 178)

Auch der österreichische Ökonom Stephan Schulmeister (2009) zeigt, wie die Entwicklung einer Volkswirtschaft vom Zinsniveau abhängt. Nur wenn das Zinsniveau unter der Wachstumsrate bleibt, ist laut Schulmeister eine geordnete Wirtschaftsentwicklung möglich. Werden die Zinsen höher als das Wachstum, d. h. verdienen die Finanzmarktakteure im Verhältnis zur Entwicklung der Realwirtschaft zu viel, wie dies in der Weltwirtschaft seit den 1970er-Jahren passiert ist, dann steigen die Staatsverschuldung und die Arbeitslosigkeit, während die Lohnquote, also der Anteil der Löhne am BIP sinkt. Die Argumentation, dass Arbeitslosigkeit auf zu hohe Löhne und Staatsverschuldung auf zu hohe Staatsausgaben zurückzuführen sei, greift nach Schulmeister daher zu kurz. Hohe Zinsen treiben die Staatsverschuldung in die Höhe und sie drücken die Löhne.

Doch Verschuldung ist – das kann nicht negiert werden – ein ernsthaftes Problem, das die Handlungsspielräume einengen kann. Da Schuldner immer Gläubiger gegenüberstehen, kommt es zu problematischen Abhängigkeitsverhältnissen, wie die aufgrund kumulierender Schulden die Handlungsspielräume der Staaten immer mehr einengenden Probleme zeigen. Dazu im abschließenden Kapitel.

## **Geld, Schulden und Wachstumszwang**

Ein wesentliches Merkmal (fast) aller hochentwickelten Volkswirtschaften liegt im Tatbestand zunehmender öffentlicher Verschuldung, die aufgrund der großen Finanzkrise 2007/2008 nochmals eklatant gestiegen ist. Während die neoklassische Wirtschaftstheorie – freilich weitgehend erfolglos – die Eindämmung der öffentlichen Schulden unter Umsetzung von staatlichen Sparprogrammen fordert(e), treten die Neokeynesianer für die Inkaufnahme weiterer Schulden ein, um so die Wirtschaft anzukurbeln, in der Hoffnung damit mehr Staatseinnahmen zu lukrieren und Sozialausgaben etwa für Arbeitslose senken zu können. Auch diese Strategie scheitert offensichtlich in der aktuellen Situation. Noch widersinniger ist freilich die von der EU-Kommission ausgegebene Devise für die südeuropäischen Mitgliedsländer, Schuldenabbau und Wirtschaftswachstum gleichzeitig voranzubringen. Elmar Altvater nennt diesen Versuch „Schuldenwachstumsbeschleunigungsbremse“ (Altvater 2013, S. 58) Schuldenabbau und Wachstumsankurbelung sind nicht gleichzeitig möglich.

Zu Recht rückt daher aktuell der Zusammenhang von Geld, Schulden und wachstumszwang in den Fokus der Aufmerksamkeit. Die Vervielfachung der Finanzprodukte und Finanzgeschäfte und der unleugbare Anstieg der Vermögenskonzentration in den letzten Jahrzehnten hat zu einem immer stärkeren Einfluss der Finanzmarktakteure auf die Wirtschaftspolitik geführt, worauf der große Ökonom John Kenneth Galbraith verweist: „Mit zunehmendem Reichtum kam zunehmende Macht, und die Banken übten – letztendlich erfolgreich – Druck aus, um eine Deregulierung ihrer Aktivitäten zu bewirken.“ (Galbraith 2012, S. 449). Die politisch durchgesetzte Deregulierung hat die Vermögensmassen weiter anwachsen lassen, zugleich aber das Finanzsystem destabilisiert. Der französische Wirtschaftshistoriker Christian Chavagneux bringt es auf den Punkt: „Wenn die Reichen sehr reich werden, erlangen sie als Gesellschaftsgruppe und als Unternehmensmanager eine sehr große politische und ideologische Macht, die sie in den Dienst ihrer persönlichen Interessen und der Interessen ihrer Wirtschaftstätigkeit stellen können.“ (Chavagneux 2013, S. 163) Die US-Publizistin Chrystia Freeland spricht in ihrem Buch „Die Superreichen“ vom Aufstieg und der Herrschaft einer „neuen globalen Elite“ Sie zitiert darin Lawrence Summers, Harvard-Ökonom und Finanzminister unter Bill Clinton, der meint, dass im letzten Jahrzehnt das Wirtschaftswachstum so ungleich verteilt wurde, dass es für die Mittelschicht „zu ersten Mal seit der

Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre sinnvoller ist, ihr Augenmerk auf Umverteilung statt auf Wachstum zu richten.“ (zit. n. Freeland 2013, S. 13) Die Theorie des Ökonomen Simon Kuznet, dass spätindustrielle Gesellschaft von sich aus zu mehr Gleichheit zurück kehren (sogenannte Kuznet-Kurve), hat sich – so Freeland – leider nicht bewahrheitet: seit den 1970er-Jahren begannen sich die Spitzeneinkommen weltweit von der Mittelschicht abzukoppeln. In den USA besitzen die obersten 20 Prozent der Bevölkerung 86 Prozent des gesamten Reichtums. Dies obwohl eine von der Journalistin zitierte Studie von Verhaltensökonomern der Harvard Business School eindeutig ergab, dass die in der Studie Befragten eine Verteilung bevorzugten, die jener in Skandinavien entspricht, wo das reichste Fünftel der Bevölkerung nur zwischen 30 und 40 Prozent des Vermögens auf sich vereint (Freeland 2013, S. 12f)

Die Erkenntnis, dass Schulden und Vermögen zwei Seiten einer Medaille sind – des einen Schuld ist immer des anderen Guthaben –, bricht sich nun allmählich Bahn im Diskurs um die Lösung der Finanzkrise. Wir brauchen nicht nur eine Schuldenbremse, sondern auch ein Vermögensbremse, lautet die Schlussfolgerung daraus. Geld sei nicht nur das Schmiermittel jeder arbeitsteiligen Wirtschaft, sondern auch ein zentrales Bindeglied jeder bürgerlichen Gesellschaft. Doch ein Zuviel davon sei schädlich, denn „hypertrophe Finanzen“ verursachten „schwere Kollateralschäden“, so in Kürze zusammengefasst die zentrale Aussage des renommierten Ökonomen Raimund Dietz in seiner umfangreichen Abhandlung „Geld und Schuld“ (2013). Dietz hat nicht nur sehr früh den Untergang des sowjetischen Sozialismus vorausgesagt, sondern bereits 2006 eine zu wenig beachtete Studie über die bevorstehende Finanzkrise verfasst. Seine aktuelle Analyse: Ein überproportionales Wachstum der Vermögen führe nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer Verschlechterung der Situation: „Das Risiko des Absturzes steigt. Einzelne können zwar auf Kosten anderer ihre Situation verbessern, niemals aber alle zugleich, und bei Überforderung leiden alle“ (ebd. 189). Während in euphorischen Phasen Banken und Publikum „ein bereits überhöhtes und weiter wachsendes Anspruchsniveau“ tolerierten, werde dann, wenn die Stimmung kippt, plötzlich sichtbar, „vor welchen Schuldentürmen man eigentlich steht“ (ebd.). Die Spirale, die sich vorher nach oben gedreht habe, weise plötzlich nach unten. „Es werden nicht nur Vermögen vernichtet, die Wirtschaft wird mithineingerissen.“ (ebd.) Und letztlich müsse sich der Staat über Gebühr verschulden. Dietz spricht daher bei Vermögen von einer „Almende“, bei der eben „Überweidungsgefahr“ bestehe. Um das System zu retten, fordert Dietz eine Redimensionierung des Banksystems (er nennt es „Kalibrierung“), eine Nachweispflicht der Finanzindustrie für den Nutzen neuer Finanzprodukte sowie den Übergang zu Vollgeld (s.o). Als wichtigsten Schritt fordert er die Vernichtung von Vermögen“ (!). Dies könne geschehen durch Insolvenzen und Schuldenschnitte, durch Inflation, welche die realen Schulden verringere sowie drittens – und dafür plädiert der Autor vor allem – durch höhere Besteuerung der Vermögen, um damit die Staatsschulden verringern zu können. Der Autor nennt es „Konfiskation der dysfunktionalen und überschüssigen Eigentumsgrößen durch die ‚Gemeinschaft‘, die sich dadurch von der Schuldenlast befreien könnte, welche sie auf sich nahm, um das ‚System‘ zu retten.“ (ebd. S. 228f) Dietz’ Schlussfolgerung zusammengefasst: Um der Schuldenfalle, in welche die Welt geraten ist, zu entkommen, muss die Vermögensmasse reduziert und die Finanzindustrie auf ein vernünftiges Maß reduziert werden.

### Monetärer Feudalismus

Jürgen Kremer lenkt in seinen „Grundlagen der Ökonomie“ ebenfalls die Aufmerksamkeit auf die volkswirtschaftlich schädlich Anhäufung von Einkommen durch Zinserträge aus Geld- und aus gewinnbringenden Sachvermögen, die „nicht aufgrund von eigener Arbeitsleistung erzielt werden“ (Krämer 2013, S. 333). Diese gesellschaftlichen Zustände müssten als „monetärer Feudalismus“ (ebd.) bezeichnet und überwunden werden. Kremer plädiert für ein Zinsverbot für Giral- und Spargelder sowie für Staatsanleihen. Verlangt würden nur mehr Bearbeitungsgebühren sowie eine Risikoprämie. Da Sparen in einem „Kredit-Geld-System“ ohnedies an Bedeutung verloren habe, schwinde die Notwendigkeit hierfür Zinsen zu vergeben. Der Großteil des Geldes sollte der Ökonomie als Vollgeld von einer zentralen, von staatlichen Weisungen unabhängigen Instanz, „der zur Monetative aufgewerteten Zentralbank“ (ebd. S. 327) ausgeschüttet werden. Den Geschäftsbanken würde dieses Vollgeld von der Zentralbank zur Verfügung gestellt, diese wäre demnach unabhängig von der Bereitschaft der Vermögenden, ihr Geld zur Verfügung zu stellen. Überdies schlägt Kremer die 100 Prozent-Abschöpfung von Vermögen ab einer von der Gesellschaft demokratisch festgelegten Höhe durch den Staat vor. Auf diese Weise würde die „Polarisierung der Gesellschaft“ (ebd.) begrenzt, eine Progression im Steuersystem sei nicht mehr notwendig. Für Unternehmen sollte per Gesetz ein Faktor für maximale Einkommensunterschiede festgelegt werden (ebd.)

Die Vorschläge mögen radikal anmuten, doch Kremer geht es um die „Vermeidung volkswirtschaftlich schädlicher Ausuferungen“ (ebd.), nicht um einen Systemsturz. Er bringt den Vergleich mit dem Monopoly-Spiel, in dem die Vermögenden immer mehr dazu gewinnen, die anderen immer verlieren. Doch: „Es sind eher die Spielregeln, die dafür sorgen, dass die Mehrheit verarmt, als die Raffgier oder die besondere Leistungsfähigkeit der erfolgreichen Spieler“ (ebd. S. 336). Wenn wir die Monopoly-Spielregeln jedoch dahin gehend modifizierten, „dass die individuellen Maximalvermögen beschränkt würden, dann würde die Polarisierung begrenzt, weil dem Kreislauf, dass durch Vermögenszuwächse neue Vermögen generiert werden können, Schranken auferlegt würden.“ (ebd.)

Auch Holger Rogall fordert in seinem umfangreichen Lehrbuch „Grundlagen einer nachhaltigen Ökonomie“ (2012) ein Überdenken herkömmlicher Theorien zu Kredit und Schuld. So greife etwa die Begründung des Zinses bzw. von Renditen damit, „dass der Kreditgeber auf gegenwärtigen Konsum verzichtet und dafür entschädigt wird“ (ebd. S. 391), heute nicht mehr: „Die Mehrzahl der Kapitalgeber schränkt sich heute wohl kaum mehr ein, sondern fordert eine Vermehrung ihres Kapitals als Selbstzweck.“ (ebd.) Sinkende Zinsen würden – wie im Say’schen Theorem vorgesehen – auch nicht immer zu mehr Investitionen und Konsum führen, denn Kapitalgeber würden dann eben ins Ausland ausweichen. Überdies würden – was ja mittlerweile zur Genüge bekannt ist – immer mehr Teile des Sparvolumens „für (nicht wertschaffende) Spekulationen verwendet“ (ebd. S. 392).

Grundlegende Kritik übt auch der Finanzwissenschaftler Arno Gahrman. Für ihn haben die sich auf türmenden Schulden- und Vermögensberge nichts mehr mit realem Wirtschaften zu tun: „Tatsächlich wird seit Jahrzehnten ein Kapital aus Pappmaschee gebildet, aus dem niemals mehr reale Leistungen hervorgehört werden können.“ (Gahrman 2012, S. 106) Da die Finanzökonomie nicht zwischen „gutem“ Kapital, das aufgrund realer Ressourceneinsparung oder aus intelligenter Arbeit gebildet wurde, und „minderwertigem Kapital“, das „nur durch Fronarbeit und Verschuldung Dritter“ (ebd. S. 107) gebildet wird, unterscheide, sei unser Wirtschaftserfolg unreal – Gahrman spricht von „gedopter Effizienz“ (ebd. S. 134).

### Regionales Wirtschaften und Zweitwährungen

Eine menschenwürdige Wirtschaft ist für Gahrman nur in regionalen Kreisläufen vorstellbar. Er unterstützt etwa die Vorschläge einer Gemeinwohlökonomie von Christian Felber (2012), duale Währungssysteme mit einer Binnen- und einer Außenwährung (so sein Vorschlag etwa für Griechenland) sowie alle Formen „postökonomischen Wirtschaftens“ wie Ansätze von dezentraler Ernährungs- und Energiesouveränität und von nichtmonetären Tauschsystemen. Autonome kommunale Einkommenssteuersysteme, wie sie in Skandinavien etabliert sind, würden auch dazu beitragen, dass Kommunen „eigene, ihrer sozialen und wirtschaftlichen Topographie angepasste Wege planen“ (ebd. S. 176). Schwellenländern wie China empfiehlt der Autor die Konzentration auf die Binnenwirtschaft, anstatt die reichen Länder mit Billigprodukten zu überschwemmen. Die Länder des Südens müssten vornehmlich vom Zugriff auf deren Naturressourcen befreit werden; zu forcieren wären naturangepasste Formen der Landwirtschaft und auf die eigenen Bedarfe konzentrierte Produktionsstätten.

Den (noch) reichen, aber sozial immer brüchiger werdenden Staaten schlägt Gahrman die Steuerung durch bedeutend höhere Grenzsteuersätze dort vor, „wo Einkommen nicht mehr realen Bedürfnissen dienen“, was freilich EU weit koordiniert angegangen werden müsse; zudem sollten die Mehrwertsteuersätze für Luxusgüter bedeutend erhöht, dafür jene auf „Arbeitsleistungen und die Dinge des täglichen und einfachen Bedarfs“ wesentlich gesenkt werden; und es soll „Wertschöpfung aus Arbeit wesentlich niedriger besteuert werden als solche aus Kapital“ (alle Zitate ebd. S. 189f). Der Autor plädiert nicht zuletzt für Schuldenschnitte, wie dies Island vorbildhaft gemacht habe. Schulden einfach zu vergessen und zu streichen, würde bedeutend weniger kosten, als „diese Ökonomie weiter laufen zu lassen und auf der Jagd nach Phantomen die Flur von Natur und Gesellschaft vollends zu zertrampeln“ (ebd. S. 188).

Die beiden an der Universidad Austral de Chile lehrenden Autoren Felix Fuders und Manfred Max-Neef (2012) sehen in Anlehnung an Silvio Gesell, Margret Kennedy oder Helmut Creutz ebenfalls im Zins den zentralen Wachstumszwang des Kapitalismus sowie die Ursache seiner regelmäßig wiederkehrenden Krisen. Da sich Geldvermögen aufgrund des Zinses alle 10-15 Jahre verdoppelten, diese Zinsen jedoch erwirtschaftet werden müssten, seien die Banken gezwungen, „stetig mehr Kredite zu vergeben, wodurch die Geldmenge stetig wächst“ (ebd. S. 346). Aus diesem Grund veröffentliche die US-Notenbank seit 2006 nicht mehr die Höhe der umlaufenden Geldmenge (M3). „Es bestünde sonst die Gefahr, dass die Menschen merken könnten, dass die Geldmenge deutlich schneller als die Produktionsmenge wächst.“ (ebd.) Zudem müsse die Produktion jährlich steigen, „um den stetig wachsenden Zinsdienst erbringen zu können“ (ebd. S. 347), auch dann, wenn keine neuen Güter mehr gebraucht würden. Kriege oder Naturkatastrophen würden daher zwar den Lebensstandard der Men-

schen verringern, aber neue Investitions- und Profitquellen eröffnen, was die Autoren am Beispiel des chilenischen Erdbebens 2010 demonstrieren. Das Zins- und Zinseszinsssystem führe dabei zu Gewinnern und Verlierern, also jenen, deren Vermögen immer mehr wachsen, und jenen, die sich verschulden – ob Privathaushalte oder Staaten. Die wirtschaftlich Schwächsten seien die ersten, die die Schuldenlast nicht mehr tragen können, etwa die Hypothekenkreditnehmer in den USA oder jene europäischen Staaten mit der geringsten Produktivität. Die Warnung der Autoren: „Wenn nun Schuldner im großen Stil oder eben ganze Staaten insolvent sind, ist das ein Zeichen dafür, dass das Finanzsystem kurz vor dem Kollaps steht.“ (ebd. S. 352) Der Europäische Finanzstabilitäts-Fond (ESFS) sei daher keine Lösung, „sondern lediglich ein Instrument zum Geld drucken, also zur kurzfristigen weiteren Ausweitung der Kreditmenge“ (ebd. S. 352f). Der Rettungsschirm mache insolvente Kreditnehmer wie Griechenland oder Spanien wieder zu „guten Kreditnehmern“.

### Zinsfreies Geld

Die Autoren schlagen als Ausweg aus diesem Dilemma die Einführung eines zinsfreien Freigeldes im Sinne von Silvio Gesell vor, eine Idee, die von John Maynard Keynes und Irving Fisher als möglicher Lösungsansatz für die Weltwirtschaftskrise der 1930-Jahre angesehen worden sei. Der Aufbau von Regionalwährungen bzw. von Zweitwährungen für ganze Staaten, die keine Zinsen bringen und damit auch nicht gehortet werden, würde in diese Richtung weisen und eine Möglichkeit darstellen, die (regionale) Wirtschaft ohne Wachstumszwang in Schwung zu halten. Vorgeschlagen wird z. B. ein „Regionalgeld Deutscher Industrie“ (RDI), das zum Kauf deutscher Produkte anregen würde, wenn die Löhne (oder Teile davon) in dieser Währung ausbezahlt würden. Möglich sei auch ein Zusammenschluss der bisherigen Regionalwährungen auf staatlicher Ebene. Zur Diskussion gestellt wird auch eine Idee von Willem Buiter von der London School of Economics, der für negative Leitzinsen der Zentralbanken plädiert. Darlehenszinsen für Unternehmen würden dabei gegen Null tendieren, was freilich andere Wege der Investitionskapitalbeschaffung erfordern würde. Anleger sollten direkt in Unternehmen investieren, sie wären dann wie bei Aktien am Unternehmenserfolg bzw. -risiko beteiligt. Zweitwährungen mit Gültigkeit nur im eigenen Land wären, so die Autoren, eine Chance, die regionale Wirtschaft zu stärken und die Abhängigkeit der Menschen vom internationalen Finanzsystem zu verringern bzw. zu überwinden. Länder wie Griechenland oder Spanien, die kurz vor der Staatspleite stehen, könnten laut Fuders und Max-Neef zu Vorreitern eines Freigeldes ohne Zins werden. Ein sicher spannendes Experiment, das freilich weit vom Mainstream-Denken entfernt ist.

### Reformiertes Finanzsystem als Kernaufgabe nachhaltigen Wirtschaftens

Die exemplarisch vorgestellten Ansätze, die im Detail der vertiefenden Diskussion bedürfen, sollen deutlich machen, dass ein nachhaltiges Wirtschaften in einer Postwachstumsgesellschaft nicht ohne Veränderungen im Finanzsystem zu haben sein wird. Die Schrumpfung der ins Unermessliche wachsenden Vermögensbestände gilt dabei als eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Nur dadurch würde der Abbau der öffentlichen Verschuldung denkbar. Finanziert werden soll durch diese Form der Umverteilung nicht primär weiterer privater Konsum, wie der Kenyesianismus vorschlägt (von den ganz unteren Einkommensgruppen abgesehen) – dies wäre ökologisch kontraproduktiv. (Weiterhin) finanzierbar würden jedoch öffentliche Leistungen wie gute Schulen und Universitäten, leistbares und ökologisch verträgliches Wohnen für alle, intelligente öffentliche Verkehrssysteme (vielleicht zum Nulltarif) sowie Kulturangebote für alle. Wachsen soll der „öffentliche Konsum“, nicht weiter der private, hat die britische Ökonomin Hazel Henderson bereits vor vielen Jahren gefordert (Henderson 1985).

Das Ziel von Wirtschaften liegt in der Zur-Verfügung-Stellung der für ein gutes Leben erforderlichen Güter und Dienstleistungen. Wirtschaften erfordert dabei immer einen haushalterischen Umgang mit knappen Mitteln. Doch während der Verweis auf die knappen Mittel derzeit nur erfolgt, wenn es um die Aufrechterhaltung und den Ausbau öffentlicher Leistungen sowie um Dinge wie Arbeitszeitverkürzungen oder Mindestlöhne geht (die wir uns angeblich nicht leisten können), scheint das Knappheitsgebot nach „oben“ nicht zu gelten. Managergehälter, Boni, Abfertigungen von Spitzenkräften sowie die dargelegten, aus dem System resultierenden Vermögenskonzentrationen verweisen eher auf einen ineffizienten Umgang mit knappen Mitteln. Dem muss ein Ende gesetzt werden, um eine nachhaltige, dem Wachstumszwang entgehende Entwicklung einleiten zu können.

## Ausblick

Die Grundversorgung mit materiellen Gütern ist ein wichtiger Baustein für ein „gutes Leben“. Die Verteilung der materiellen Güter bildet daher in arbeitsteiligen, geldbasierten Gesellschaften eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für Lebensqualität. Von entscheidender Bedeutung sind auch die öffentlichen, allen Bürgern und Bürgerinnen zugänglichen Leistungen. Gesellschaften, in denen der erwirtschaftete Wohlstand fair verteilt wird, sind – wie die Gleichheitsforscher Richard Wilkinson und Kate Pickett (2010) gezeigt haben, nicht nur zufriedener, sie weisen auch bessere Bildungs- und Gesundheitssysteme auf und haben niedrigere Kriminalitätsraten. Die Philosophin Martha Nussbaum und der Ökonom Amartya Sen haben in ihrem „Fähigkeiten-Ansatz“ herausgearbeitet, dass als gutes Leben ein Leben zu verstehen ist, in dem die Menschen in der Lage sind, ihre Fähigkeiten zur Gestaltung ihres eigenen Daseins zu entwickeln. Dazu zähle etwa, ein Leben normaler Länge in guter Gesundheit und körperlicher Unversehrtheit und mit Rücksicht auf die Natur zu führen, Beziehungen zu anderen einzugehen und im sozialen Zusammenhang zu leben, über einen menschenwürdigen Arbeitsplatz und über Eigentum zu verfügen sowie durch politische Partizipation das eigene Umfeld mit zu gestalten (n. Biesecker & Wintersfeld 2012, S.272). All das erfordert Eigenverantwortlichkeiten der Menschen, es erfordert aber auch entsprechende, fördernde Rahmenbedingungen der Gesellschaft.

Die globale Wirtschaft wird auch weiterhin wachsen. Vielen Menschen fehlt es noch immer am Notwendigsten, sie haben das Recht auf ‚nachholende‘ Entwicklung. Hochproduktive Ökonomien mit einem hohen materiellen Güterniveau brauchen jedoch nicht mehr wachsen. Postwachstum lautet hier die Perspektive. Der Kapitalismus mag einzelwirtschaftlich produktiv und effizient sein, gesamtwirtschaftlich ist er es jedoch nicht. Er ist sozial *und* ökologisch blind. Der Eigennutz der Einzelnen führt – dies zeigen die historischen Erfahrungen der letzten Jahrhunderte – nicht zum „Wohlstand der Nationen“, schon gar nicht zum „Wohlstand aller Erdenbürger“. Regulierende Eingriffe sind nötig. Dies gilt auch für die Postwachstumsperspektive. Von zentraler Bedeutung wird sein, ob es gelingt, die Bepreisung des Naturverbrauchs weltweit umzusetzen – etwa die Bepreisung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes – und die Vermögenskonzentration soweit zu begrenzen, dass die öffentliche Verschuldung abgebaut und gemeinschaftliche Leistungen aufrechterhalten werden können.

In der Nachhaltigkeitsforschung erblicke ich aktuell zwei Strömungen. Die einen setzen auf neue Lebens- und Wirtschaftsweisen „von unten“, also auf Suffizienz- und Subsistenzstrategien – einer der wichtigsten PropONENTEN dabei ist wohl Niko Paech mit seinem Plädoyer für die „Befreiung vom Überfluss“ (2012). Die anderen fordern neue politische Regulierungen und Rahmensetzungen – von der kommunalen bis zur globalen Ebene. Dieser Denkschule zuzurechnen sind etwa Felix Ekardt (2009, 2012), Ernst U. v. Weizsäcker (2010) oder die in diesem Beitrag zitierten Ökonomen, die eine Neustrukturierung des Finanzsystems fordern. NGOs wie Attac, WIDE, FIAN, Global Marshall Plan-Initiative oder World Future Council, die etwa für Globalsteuern auf CO<sub>2</sub>, Finanztransaktionen, Rüstungsgeschäfte sowie Superreiche eintreten, sind ebenfalls diesem Regulierungsansatz zuzurechnen. Der Charme liegt nun darin, dass beide Ansätze nicht einander widersprechen, sondern sich durchaus ergänzen. Die einen erproben neue Ansätze eines anderen Lebens und Wirtschaftens und schaffen damit Erfahrungsschätze, die nicht nur dem eigenen Leben gut tun können, sondern auch der Gesellschaft nützlich werden können. Niko Paech (2012) spricht von „Inseln des Übergangs“, die bei Verschärfung der Krisen die Härte des Aufpralls verringern könnten.

Die ‚Etatisten‘ insistieren auf neuen kollektiven Regeln des Zusammenlebens. Beides ist legitim und wichtig. Und es wird auch zu Wechselwirkungen kommen. Wenn Modelle des „solidarischen Wirtschaftens“ (Exner & Kratzwald 2013), etwa in Genossenschaften erprobt werden, so ist es hilfreich, wenn es dafür förderliche Gesetze gibt. Wenn die 20-Stunde-Woche in einem stärker subsistenzbasierten Leben vorgeschlagen wird (Paech 2012), dann können arbeitsrechtliche Rahmensetzungen, die Teilzeit aufwerten oder generell von der Voll- zur Wunscharbeitszeit übergehen, unterstützend wirken. Die Bewegung der Gemeinwohlökonomie findet immer mehr Unternehmer und Unternehmerinnen, die sich den Gemeinwohlkriterien unterziehen wollen, doch zugleich werden staatliche Anreizsysteme gefordert, die diese Unternehmen fördern und dem gesamten Wirtschaften einen neuen Rahmen geben – etwa in Bezug auf Vermögens- und Einkommensobergrenzen (Felber 2012). Eine Postwachstumsökonomie wird beides brauchen: suffiziente Lebensformen und gesetzliche Rahmenbedingungen, die den Wachstumszwängen bzw. -notwendigkeiten vorbeugen.

Der bereits zitierte Ökonom John Kenneth Galbraith sieht in den steigenden „Fixkosten“ den entscheidenden Hemmschuh für weitere wirtschaftliche Entwicklung; mit diesen meint er nicht nur steigende Rohstoffkosten (inklusive der Kosten des Klimawandels) und ausufernde Staatsausgaben, etwa im Militärbereich, sondern auch Ineffizienzen im Finanzsektor, der – so auch seine Sicht – redimensioniert gehört. Auch Galbraith fordert, dass die Anpassungen der Wirtschaft im 21. Jahrhundert mit zu erwartenden höheren Energiekosten sozialverträglich gestaltet werden müssen, womit er qualitätsvolle Sozialleistungen und nicht noch mehr privaten Konsum meint:

„Die Industrieländer können ihrer Bevölkerung Stabilität und Sicherheit als Ausgleich für Veränderungen im materiellen Bereich bieten, und sie sollten es auch tun.“ (Galbraith 2012, S. 67) Dies könnte und sollte zum Minimalkonsens zukunftsverträglicher Wirtschaftspolitik werden.

Der Ökologe Manfred Linz (2011) widmet sich der Frage „Wie lernen Gesellschaften heute?“ Vier zentrale Aspekte nennt der Autor für Lernen unter den komplexen Bedingungen der heutigen Weltgesellschaft: Zu lernen sei *erstens* unsere langfristigen Interessen so ernst zu nehmen wie unsere kurzfristigen Interessen und unsere gemeinsamen Interessen wichtiger zu nehmen als unsere Einzelinteressen; *zweitens*, dass wir Menschen auf diesem Planeten auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind; *drittens* das Wohlergehen der Einzelnen wie der Gesellschaften unabhängig vom Wirtschaftswachstum zu suchen (Linz 2011, S. 8ff); *viertens* schließlich die schwindenden Möglichkeiten, „Probleme durch den Einsatz höherer Finanzmittel (also durch Geld schöpfen und Schulden machen) zu verschieben, nicht als ein Verhängnis zu erleiden sondern mit alternativem Handeln aktiv zu gestalten, und diese Aufgabe zwar auch als einen Aufruf zur Veränderung des persönlichen Lebensstiles zu verstehen, in erster Linie aber als einen der ganzen Gesellschaft gestellten Auftrag anzugehen“ (Linz 2011, S. 23). Lernen heiße damit weniger, den Bestand zu erweitern, „sondern Gewohntes zu verlassen, auch gewohntes Wissen, Grenzen zu überschreiten, Neuland zu betreten“. Lernen heiße in diesem Sinne auch „verlernen“ (Linz 2011, S. 8) und sich auf ein „Weniger“ einzustellen.

Eine nachhaltige Entwicklung wird ohne politische Gestaltung nicht erreichbar sein. Die permanente Abwertung von Politik, Parteien und Staat ist nicht nur demokratiepolitisch bedenklich, sondern schwächt auch jene Kräfte, die sich für eine sozial-ökologische Wende einsetzen. Für diese werden wir nicht weniger, sondern mehr Politik brauchen (Holzinger 2013c).

Die Lage heute erinnert an die 1920er-Jahre: explodierender Luxus und Reichtum bei einigen wenigen bei gleichzeitiger Verarmung großer Teile der Weltbevölkerung und drohenden Wohlstandsverlusten bei den Mittelschicht. Dazu kommt die zunehmende Abwertung des Öffentlichen und des Staates bei einem gleichzeitigen Anwachsen der Unterhaltungs- und Ablenkungsangebote. Doch angesagt ist nicht Zerstreuung, sondern Konzentration auf das, was wir für ein gutes Leben tatsächlich brauchen. Der Ausgang der Geschichte damals ist bekannt. Wir sind gut beraten, alles daran zu setzen, dass er sich nicht wiederholt.

## Literatur

- Altwater, E. (2013): Fiktives Kapital und reale Krise. In: Bierdel & Lakitsch (Ed.): Wege aus der Krise. Ideen und Konzepte für Morgen. Wien, LIT, S. 51-60.
- Anders, G. (1981): Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. 2. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der industriellen Revolution. München, Beck.
- Andersen, A. (1999): Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute. Frankfurt, Campus.
- Beck, U. (2011): Nachrichten aus der Weltinnenpolitik. Frankfurt, Suhrkamp.
- Biesecker, A., Wintersfeld, U. v. (2013): Geld, Wachstum und gutes Leben. In: Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Ed.): Wege vorsorgenden Wirtschaftens. Marburg, Metropolis.
- Binswanger, H. C. (2006): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Marburg, Metropolis.
- Binswanger, H. C. (2009): Vorwärts zur Mäßigung. Hamburg: Murmann.
- Binswanger, H. C. (2011): Nachhaltige Wirtschaft – Geldmaschine abstellen, Aktienrecht umstellen. In: Jahrbuch Ökologie. Stuttgart, Hirzel, S. 11-16.
- Binswanger et al (2012): Die Vollgeld-Reform – Wie Finanzkrisen verhindert und Staatsschulden abgebaut werden können. Zürich, Edition Zeitpunkt.
- Binswanger, M. (2006): Die Treitmühlen des Glücks. Freiburg Herder.
- Bourcade, K., Herzmann K. (2006): Normalfall exponentielles Wachstum? – ein internationaler Vergleich. 2006. Download [www.wachstumsstudien.de](http://www.wachstumsstudien.de).
- Chavagneux, Ch. (2013): Kleine Geschichte der Finanzkrisen. Spekulation und Crash von 1637 bis heute. Zürich: Rotpunktverlag.
- Daly, H. (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum. Salzburg: Pustet.
- Daly, H. (2009): Steady-State-Economy – Ein Wirtschaftssystem des langfristigen Gleichgewichts. In: Zeitschrift für Sozialökonomie, 162-163/2009, S. 39-43.
- Ekart, F. (2010): Das Prinzip Nachhaltigkeit. Beck, München.
- Ekart, F. (2012). Grundlagen politisch-rechtlicher Nachhaltigkeitsinstrumente. In: Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2012/2013. Marburg, Metropolis, S.223 – 238.
- Exenberger, A. (2011): Wirtschafts- und sozialhistorische Reflexionen zur „Marktwirtschaft für Menschen“. In: Sedmak. et al (Ed.): Marktwirtschaft für Menschen. Wien, Lit-Verlag.
- Exner, A., Katzwald, B. (2012): Solidarische Ökonomie & Commons. Eine Einführung. Wien: Mandelbaum.
- Felber, Christian (2012): Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien, Deuticke, Wien (erweiterte Neuauflage).
- Firlei, K (2008): Neoliberale Globalisierung und oder grenzenlose Invasion des Kapitalverhältnisses. In: Dimmel & Schnee (Ed.): Die Gewalt des neoliberalen Staates. Wien, Fakultas.
- Flassbeck, H. (2010): Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Berlin, Westend-Verlag.



- Freeland, Ch. (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Machtelite. Frankfurt, Westend.
- Fuders, F, Max-Neef, M. (2012): Regionalwährungen gegen eine globale Krise und für eine nachhaltige regionale Entwicklung. In: Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2012/2013 a.a.O. S. 345 – 362.
- Gahrman, F. (2013): Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen. Berlin: Westend.
- Galbraith, J. K. (2013): neues Denken und ein strategisches Grundsatzprogramm. In: Flassbeck et al: Handelt jetzt! Das globale Manifest zur Rettung der Wirtschaft. Berlin: Westend, S. 34 – 79.
- Grunewald, St. (2013): Die erschöpfte Gesellschaft. Warum Deutschland neu träumen muss. Frankfurt, Campus.
- Henderson, H. (1985): Das Ende der Ökonomie. Die ersten Tage des nach-industriellen Zeitalters. München, Dianus-Trikont Buchverlag.
- Hinterberger, F. et al (2009): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Wien: Mandelbaum-Verlag.
- Holzinger, H. (2010a): Wirtschaften jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke. Wien/Salzburg, Eigenverlag. Kostenloser Download unter: [www.wachstumimwandel.at](http://www.wachstumimwandel.at).
- Holzinger, H. (2010b): Zur Zukunft der Arbeit. Befunde und Ausblicke. Wien/Salzburg, Eigenverlag. Download: [www.wachstumimwandel.at](http://www.wachstumimwandel.at).
- Holzinger, H. (2012): Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. Salzburg, JBZ-Verlag.
- Holzinger, H. (2013a): Wie kommt es zum Wandel? Transformationsforschung im Kontext der Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: Jahrbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung 2013. Wien, Forum Umweltbildung, S. 43 – 52.
- Holzinger, H. (2013b): Auf dem Weg in eine Solarspargesellschaft? Energieversorgung als Achillesferse des Konsumkapitalismus. In: Bierdel & Lakitsch a.a.O., S. 61-79.
- Holzinger, H. (2013c): Krise der Demokratie – sieben Fallen. <http://salzburgerforumzivilgesellschaft.wordpress.com/2013/04/18/krise-der-demokratie-sieben-fallen/>
- Höpfinger, F. (2010): Alterssicherungssysteme: Doppelte Herausforderung von demografischer Alterung und Postwachstum. In: Seidl & Zahrdt (Ed.). a.a.O., S. 53 – 64.
- Hugg, F. (2010): Die Vier-in-einem-Perspektive. In: Gruber, S. et al (Ed.): Arbeiten wie noch nie?! Unterwegs zur kollektiven Handlungsfähigkeit. Berlin, Argument-Verlag.
- Independent Commission on Population and Quality of Life (1998): Visionen für eine bessere Lebensqualität. Birkhäuser, Basel et al.
- Jäger, J (2006): Was trägt die Erde noch? Frankfurt: Fischer.
- Kremer, J. (2013): Grundlagen der Ökonomie. Geldsysteme, Zinsen, Wachstum und die Polarisierung der Gesellschaft. Marburg, Metropolis (2. überarb. U. erw. Aufl.)
- Layard, R. (2005): Die glückliche Gesellschaft. Frankfurt, Campus.
- Leonard, A. (2010): The Story of Stuff. Wie wir die Erde zu müllen. München, ökom.
- Linz, Manfred (2012): Wie lernen Gesellschaften – heute? Zur Verwirklichung politischer Einsichten oder: Abschied vom Wunschdenken. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie [Impulse zur WachstumsWende; 4] Download: [www.wupperinst.org](http://www.wupperinst.org)
- Marterbauer, M. (2006): Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik. Wien, Zsolnay.
- Marterbauer, M. (2011): Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle. Wien, Deuticke.
- Mesarovic, M., Pestel, E. (1974): Menschheit am Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.
- Nair, Ch. (2011): Der große Verbrauch. Warum das Überleben unseres Planeten von den Wirtschaftsmächten Asiens abhängt. München, Riemann.
- Paech, N. (2005): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie. Marburg, Metropolis (2. erw. Aufl. 2012).
- Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in eine Postwachstumsökonomie. Ökom, München.
- Popp, R. et al (2010): Lebensqualität – Made in Austria. Wien, Lit-Verlag.
- Raskin, Paul u.a. (2003): Great Transition. Umbrüche und Übergänge auf dem Weg zu einer planetarischen Gesellschaft. Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt/M.
- Rinderspacher, Jürgen (2005): Zeitwohlstand in der Dreizeitgesellschaft. In: Hartmut Seifert (Hrsg.): Flexible Zeiten in der Arbeitswelt. Campus, Frankfurt.
- Rogall, H. (2011): Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre. Volkswirtschaftslehre für Studierende des 21. Jahrhunderts. Marburg: Metropolis.
- Sachs, W. (2009): Den fossilen Öltanker durch viele Segelboote ablösen. In: Geseko von Lüpke: Zukunft entsteht aus Krise. Antworten von Joseph Stiglitz, Vandana Shiva, Wolfgang Sachs, Joanna Macy, Bernard Lietaer u. a. München, Riemann. S. 245-268.
- Santorius, T. (2013): Der rebound-Effekt – eine Einführung. In: In: Jahrbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung 2013 a.a.O. S.64 -67.
- Scheub, U. (2012): Beschissatlas. Zahlen und Fakten zu Ungerechtigkeiten in Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Mit Illustrationen von Y. Kuschel. München, Ludwig.
- Schulmeister, St. (2009): Der Beitrag der Wirtschaftswissenschaften zum „Aufbau“ der großen Krise. In: Washietl, E., Pfisterer, E. (Ed.): Gerechtigkeit – um die rechte Führung des Lebens. Wien et al, LIT-Verlag, S. 81-104.
- Sedmak, C. (2010): Würdevolle Arbeitslosigkeit. In: Sedmak et al (Ed.): Würdevolle Arbeit. Wiesbaden, VS-Verlag.
- Seidl & Zahrdt (2010, Ed.): Die Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg, Metropolis, 2010.
- Sorgo, Gabriele (2011): Das Konsumdispositiv. Warum wir nicht anders handeln, obwohl wir es besser wissen. In: Diess. (Hrsg.): Die unsichtbare Dimension. Bildung für nachhaltige Entwicklung im kulturellen Prozess. Forum Umweltbildung, Wien, S. 107-124.
- Studer, H.P. (2010): Wachstumsmotor Gesundheit. In: Seidl & Zahrdt (2010, Ed.) a.a.O.
- Tichy, G. (2004): Bedingungen für Lebenszufriedenheit. In: Newsletter des Institut für Technikfolgenabschätzung. Wien, September 2004. Download: <http://epub.oew.ac.at/ita/ita-newsletter/NL0904.pdf>
- UNDP (2011): Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit: Eine bessere Zukunft für alle. Bericht über die menschliche Entwicklung. Bonn, Eigenverl. [http://www.dgyn.de/fileadmin/user\\_upload/BILDER/bilder\\_publicationen/UN\\_Berichte\\_HDR/HDR\\_2011/HDR-2011-Vollversion.pdf](http://www.dgyn.de/fileadmin/user_upload/BILDER/bilder_publicationen/UN_Berichte_HDR/HDR_2011/HDR-2011-Vollversion.pdf)
- Vobruba, G. (2000): Abschied von der Vollbeschäftigung. Frankfurt: Suhrkamp.
- Vobruba, G. (2007): Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft. Wiesbaden. Verlag für Sozialwissenschaften.

- WBGU (2012): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Eigenverlag, Berlin. Download: [www.wbgu.de](http://www.wbgu.de)
- Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie (2005, Ed.): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. Ein Report des Wuppertals Instituts. München, Beck.
- Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Birkhäuser, Basel u.a.
- Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Fischer, Frankfurt.
- Weizsäcker, E. U. v. et al (2010): Faktor 5. Die Formel für nachhaltiges Wirtschaften. München, Drömer-Knauer.
- Weizsäcker, E. U. v. (2010): Staat und Markt. Eine neue Balance muss her. In: Jahrbuch Ökologie. Stuttgart, Hirzel.
- Wilkinson, W., Pickett, K (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Berlin-Verlag.
- Zinn, K. G. (2011): Vollbeschäftigung durch Wachstum ist obsolet. [www.denk-doch-mal.de/node/362](http://www.denk-doch-mal.de/node/362). Diese Homepage publiziert Beiträge zu Arbeits- und Sozialpolitik namhafter ExpertInnen, die zu neuen Sichtweisen einladen.
- Ziegler, J. (2009): Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren. München, Goldmann.